ALTERNATIVE**LINKE**BERN

Bern, 29. August 2025

Sozialhilfegesetz-Revision: Angriff auf die Existenzsicherung stoppen

Der Berner Regierungsrat plant eine Revision des Sozialhilfegesetzes, die die verfassungsmässig garantierte Existenzsicherung praktisch abschafft. Die AL Bern warnt vor den dramatischen Folgen für Armutsbetroffene und lehnt diese Verschärfung entschieden ab. Das Parlament muss dringend Korrekturen vornehmen.

Systematische Benachteiligung von Sozialhilfebeziehenden

Die geplanten Änderungen stellen Kernauftrag der Sozialen Arbeit im Bereich der Sozialhilfe in Frage und erhöhen das Risiko, dass Sozialhilfebeziehende aus dem System gedrängt werden.
Sogar Kinder verlieren ihren verfassungsmässigen Anspruch auf ein soziales Existenzminimum durch die neuen Regelungen.
Die Revision sieht vor, dass eine bis zu 30-Prozentige Kürzung verfügt werden kann, für Personen, die nicht das Sprachniveau A2 erreichen. Wir erachten das als äusserst diskriminierendes Vorgehen gegenüber Migrant*innen, die Mühe haben eine Landessprache zu lernen.
Zusätzlich kommen erweiterte Überwachungsmassnahmen hinzu, die grundlegende Datenschutzrechte verletzen.

Mehr Kontrolle, weniger Hilfe

Das neue kantonale Sozialrevisorat (FASR) kontrolliert Gemeinden und Betroffene noch stärker. Durch das neue Finanzierungssystem mit dem Selbstbehalt stehen die Sozialdienste unter enormem Druck, möglichst wenig Sozialhilfe auszuzahlen. So wird der Kernauftrag von einer nachhaltigen Bekämpfung von Armut ausgehöhlt. Die Gemeinden werden gegeneinander ausgespielt - wer am wenigsten Geld für Arme ausgibt, wird belohnt.

Strukturelle Probleme werden ignoriert

Diese Verschärfungen folgen einer Logik, die Armut als individuelles Versagen darstellt und systemisch übersieht, dass Armut eine direkte Folge ungerechter Verteilungsverhältnisse ist. Statt die strukturellen Ursachen von Armut anzugehen, wird Repression als Mittel der Sozialpolitik etabliert, womit keine Gelder eingespart werden. Die Revision ist ein Beispiel für Politik, die soziale Probleme individualisiert, staatliche Verantwortung abgibt und die Lebensrealität von Armutsbetroffenen vollständig ignoriert.

Kritik von vielen Seiten

Auch der Berufsverband Soziale Arbeit, AvenirSocial, KRISO, UFS und weitere Fachorganisationen wehren sich vehement gegen diese Revision.
Wir werden nicht zulassen, dass Kinder weniger Geld bekommen, Menschen wegen ihrer Sprachkenntnisse bestraft werden und alle überwacht werden. Wer arm ist, braucht Hilfe - keine Kontrolle. Die Existenzsicherung ist ein Grundrecht, das nicht verhandelbar ist.